Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 25 Januar 1884. Nr. 41

Berlin, 24. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 169. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

2 Gewinne zu 6000 Mark auf Nr. 17418 36126.

31 Gewinne zu 3000 Mk. auf Nr. 3734 4900 7258 7749 7837 9630 11897 12771 14630 15746 24766 24909 25634 26843 27525 36439 43359 50568 50777 51907 58455 60723 61526 67808 71012 75306 77564 83848 90164 90703 92922.

58 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 4776 6632 9268 9620 13835 14087 19760 21564 24783 25141 27991 31217 32467 32836 35664 37132 38032 38955 39412 39920 40567 42129 42305 42936 43747 43950 44773 44801 49331 49729 52186 56688 57827 59845 64841 65945 67840 68138 69697 71142 72281 73964 74855 77226 78721 79145 79600 82060 82513 84307 86300 87088 91491 92037 93034 93157 93182 94830.

71 Gewinne zu 550 Mark auf Nr. 199 814 1763 2775 5595 6150 8097 9215 12379 12670 13055 15298 15619 16807 18526 19495 19560 21994 23723 24028 27071 27389 28139 30468 31888 32435 33577 34122 36038 36180 36425 38674 41815 42686 43383 44770 50546 50588 51595 51604 52104 52995 54436 58080 58202 59341 59807 62368 63950 64445 65467 65747 66092 66742 67709 68169 68356 71790 71938 72227 72913 75849 75914 77193 78094 79973 80757 82260 82467 86386 92521.

Deutschland.

Berlin, 24. Januar. Ueber die Berathungen des Admiralitätsrathes wird der Münchener „Allg. Ztg." geschrieben:

Es handelt sich u. A. um die wichtige Prinzipienfrage, ob in Zukunft für die deutsche Kriegsflotte noch gepanzerte Fregatten und Korvetten gebaut und auch die älteren und abgängig gewordenen derartigen Fahrzeuge, wie „Friedrich Karl" und „Kronprinz", durch neue Panzerfregatten ersetzt werden sollen, oder ob man von dem Bau von Panzerschiffen in Zukunft gänzlich abgehen und statt derselben lediglich Torpedos erbauen und ausrüsten soll. Daß die Torpedos eine immer größere Bedeutung gewinnen und bei allen Seekriegen der Zukunft von der eingreifendsten Wichtigkeit sein werden, darüber sind alle urtheilsberechtigten Seeleute sowohl der deutschen als jeder anderen Kriegsflotte vollständig einig. Im Uebrigen sollen aber die Ansichten der jetzt versammelten deutschen Admirale etwas auseinandergehen. Einige derselben glauben, daß, so lange in der englischen, französischen, russischen, italienischen, österreichischen, ja fast jeder anderen großen europäischen Kriegsflotte, die Zahl der bisherigen schweren Panzerschiffe nicht allein beibehalten, sondern sogar noch alljährlich vermehrt wird, auch die ohnehin kleine deutsche Flotte hiervon nicht ganz abweichen darf und für die nächste Zeit wenigstens die bisherigen sieben großen schweren Panzerfregatten und fünf Panzerkorvetten nicht verringern, sondern ungeschwächt beibe alten und die alten unbrauchbaren derartigen Fahrzeuge durch neue von verbesserter Konstruktion ersetzen müsse.

— Mit Bezug auf die Mittheilung der „N.-Ztg.", wonach der Handelsminister die Einführung der Maschinen-Stickerei als Hausindustrie im Riesengebirge angeregt hat, geht genanntem Blatte ein Schreiben zu, welchem wir Folgendes entnehmen:

Es dürfte für Ihren Leserkreis von Interesse sein, zu erfahren, daß in Deutschland schon seit einigen Jahren erfolgreiche Versuche gemacht worden sind, mittelst Stickmaschinen reiche Arbeiten, vornehmlich zu Möblirungs- und Dekorationszwecken herzustellen. Die Produkte dieser neuen Industrie finden bereits einen fortwährend steigenden Absatz im In- und Auslande. In erster Reihe ist es die bekannte Teppichfirma Schütz in Wurzen und Leipzig, welche diesen Industriezweig in Deutschland einführte und in kurzer Zeit zu hoher Blüthe gebracht hat. Nach Entwürfen von Künstlern ersten Ranges werden von dieser Firma mechanische Stickereien angefertigt, welche in vielen Stücken von der besten Handarbeit nicht zu unterscheiden sind. Es bedarf allerdings eines mühseligen, Geduld und Geld verschlingenden Unterrichts, die Arbeiterinnen für diesen Industriezweig heranzubilden. Einmal eingearbeitet, bringen dieselben es zu einem sehr ansehnlichen Verdienste.

— Die Gutachten, welche der Kultusminister von den preußischen medizinischen Fakultäten über die Frage der Vivisektion eingefordert hat, lauten, wie man uns berichtet, fast übereinstimmend dahin, daß der Stand der neueren medizinischen Forschung die Vivisektion nicht entbehren könne und die dagegen vorgebrachten Bedenken in keiner Weise als haltbar anzusehen wären. Man wird sich erinnern, daß auch der Minister diesen Standpunkt im Parlament vertreten hat.

— Die freie Subkommission des Volkswirthschaftsrathes beschäftigte sich heute Vormittag lediglich mit der Diskussion der Ziffer V der Grundzüge: Feststellung und Auszahlung der Entschädigungen. Bestimmte Anträge sind nicht formulirt worden; die Diskussion hat kein greifbares Resultat ergeben. Dagegen sind von mehreren Mitgliedern für die heutige Plenarsitzung Anträge vorbereitet worden, welche sich meistentheils mit der Abgrenzung der Betriebe, welche der Unfallversicherung unterliegen sollen, beschäftigen.

— Der Kaiser, der gestern noch ausgefahren war, leidet heute an den Folgen einer Erkältung. Er ist heiser, und die Aerzte haben ihm dringend angerathen, das Zimmer zu hüten, obwohl der Monarch sich außerhalb des Bettes befindet. Die Aerzte wünschten ferner dringend, daß der Kaiser der heute stattfindenden Kour im königlichen Schlosse nicht beiwohne. Der Kaiser wird derselben demgemäß fernbleiben. Infolge des Unwohlseins des Kaisers ist ferner der Subskriptionsball, der morgen Abend stattfinden sollte, abgesagt und auf Dienstag, den 5. Februar, verlegt worden.

— Durch Allerhöchste Ordre vom 21. Januar d. J. ist, wie der Staats-Anzeiger mittheilt, der Bischof Johann Bernard Brinkmann, gegen welchen durch gerichtliches Urtheil vom 8. März 1876 auf Entlassung aus dem Amte als Bischof von Münster erkannt ist, begnadigt worden. In Folge dessen ist die kommissarische Vermögensverwaltung in der Diözese Münster aufgehoben und die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen für diese Diözese, und zwar vom 1. Januar d. J. ab, erfolgt.

— Am 21. d. M. starb in Remo der Wirkliche Geheime Rath Graf von Usedom, Besitzer der Herrschaft Kartzig auf Rügen, ins Herrenhaus durch königlichen Erlaß vom 29. September 1860 als lebenslängliches Mitglied berufen. Geboren am 17. Juli 1805 zu Hechingen, trat Guido von Usedom im Jahre 1835 in die diplomatische Laufbahn als Legationssekretär in Rom ein, wo er wiederholt als Gesandter beim päpstlichen Stuhl fungirte. Von 1848 bis 1850 und zum zweitenmale von 1858 bis 1863 war er Bundestagsgesandter in Frankfurt. 1863 wurde er unter Erhebung in den Grafenstand Gesandter beim Könige von Italien, in welcher Stellung er an den dem Kriege von 1866 vorangehenden diplomatischen Verhandlungen hervorragenden Antheil nahm. Bekannt ist besonders die später vom General Lamarmora veröffentlichte sogenannte Stoß-ins-Herz-Depesche vom 19. Juni 1866, in welcher der italienischen Regierung gerathen war, ihre Armee gegen Wien marschiren zu lassen und Preußen die Hand zu reichen, da Italien, um sich Venetien zu sichern, die österreichische Macht ins Herz treffen müsse. 1869 aus Italien abberufen, wurde er 1872 zum General-Direktor der königlichen Museen ernannt und zog sich später auf seine Güter zurück.

— Aus dem bairischen Landtag wird der „Nat.-Ztg." von ihrem Münchener Korrespondenten geschrieben:

Die sehr eingehende Berathung des Etats des Kultusministeriums im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer ist zum Abschluß gelangt und führte dieselbe im Ganzen zu einem Resultate, welches den Kultusminister sicherlich vollständig befriedigen wird. Die kirchenrechtlichen Fragen, welche bei der Budgetberathung früher eine so große Rolle spielten, wurden dieses Mal nur vorübergehend gestreift, und auch nur an einzelnen Positionen kleinere Abstriche beschlossen. In der Kammer selbst dürfte sich die Opposition wohl etwas stärker rühren, man muß doch auch Reden für die Wähler halten, zumal wenn Abg. Studienlehrer Dr Wierer die von ihm vorbereiteten Anträge, die er schon an den Ausschuß bringen wollte, dies aber nach Beschluß der Fraktion unterlassen mußte, nun an die Kammer selbst bringen wird; allein abgesehen davon, daß diese Anträge weniger gegen den Kultusminister, als gegen den Referenten, den Abg. Dr Rittler, gerichtet sein werden, hat Letzterer in der Fraktion doch einen viel größeren Anhang, als sein Gegner Dr. Wierer, so daß schon damals angenommen werden durfte, daß die Anträge des Ausschusses in der Kammer kaum wesentliche Aenderungen erfahren werden. Der Etat für die Gewährung von fixen Wohnungs-Zuschüssen an die Beamten wird morgen im Ausschusse und kommende Woche in der Kammer zur Berathung gelangen. In so gründlicher Weise nun auch dieser Etat Seitens der Staatsregierung motivirt und insbesondere auch von dem Korreferenten des Finanzausschusses, Abg. Dr. Frankenburger, unterstützt wird und obwohl die Unzulänglichkeit der Gehalte der Staatsdiener in Baiern auch von der Landesvertretung bisher anerkannt worden, zudem diese Aufbesserung der Gehälter der Beamten bei dem Stande unserer Staatsfinanzen erfolgen kann, ohne daß eine Steuererhöhung erforderlich wäre, stößt der Etat bei der Majorität, d. h. der ultramontanen Partei, auf so entschiedenen Widerspruch, daß die Ablehnung desselben mit Sicherheit zu erwarten steht. Die Debatte über den Etat wird sich voraussichtlich sehr ernstlich gestalten.

— Im österreichischen Abgeordnetenhause hat die Debatte über die Sprachenfrage am Dienstag noch nicht begonnen, weil die Fraktionen der Rechten mit ihren Vorberathungen noch nicht zu Ende waren. Nach einer Meldung der „Presse" hat das Exekutiv-Komitee der Rechten eine motivirte Tagesordnung betreffs der Sprachendebatte entworfen, welche die autonomistischen Klubs angenommen haben. In den Motiven wird ausgesprochen, daß der Reichsrath zur Fixirung eines für die Königreiche und Länder giltigen Sprachengesetzes nicht kompetent sei, daß die Geltung der deutschen Sprache als Verständigungsmittels für die gemeinsamen Angelegenheiten von keiner Seite bestritten, sondern allseitig anerkannt werde, und daß die Beibehaltung der deutschen Sprache vom Standpunkte der Reichseinheit eine Nothwendigkeit sei. Die Rechte geht offenbar von der Ansicht aus, daß die „Königreiche und Länder" so zu sagen nur in einem freien Vertragsverhältnisse zu einander stehen, dem man eben den Namen „Reich" gegeben habe, und daß das „historische Recht" der „Länderindividualitäten" dem Reichsrathe vorgehe.

— Die rumänischen Chauvinisten haben, wie man dem „B. T." aus Wien telegraphirt, Oesterreich wieder eine schwere Beleidigung zugefügt. Der österreichische Generalkonsul in Jassy, Ritter von Schlick, war von dem Vorstande des dortigen kommerziellen Vereins eingeladen, am letzten Sonnabend der Sitzung des volkswirthschaftlichen Kongresses beizuwohnen. Generalkonsul Schlick leistete der Einladung Folge und erschien mit seinem Kanzleisekretär Pohl. Kaum betraten die beiden Herren den Sitzungssaal, so begann ein betäubendes Johlen, Pfeifen und Füße-Stampfen, dazwischen ertönten Rufe: „Hinaus mit den Deutschen! Wir wollen keine Spione!" Der Generalkonsul verließ sofort entrüstet den Saal, aber sein Sekretär konnte nicht augenblicklich folgen und wurde noch in gröblichster Weise insultirt, beinahe sogar thatsächlich mißhandelt. Der Polizeipräfekt und der Kongreßpräsident erschienen wohl gleich hernach bei dem Generalkonsul, um denselben um Entschuldigung zu bitten, aber eine weitere eklatantere Satisfaktion ist erforderlich und wird voraussichtlich nicht ausbleiben.

— Die Spannung der Lage in Paris vermehrt sich durch den Strike innerhalb der Sicherheitsmannschaft. Die telegraphische Mittheilung, daß in verschiedenen Stadtvierteln der französischen Hauptstadt Polizei-Agenten im Hinblick auf die jüngsten Beschlüsse der Deputirtenkammer, durch welche jene in ihren Pensionsansprüchen verkürzt werden, den Dienst verweigert haben, erhält ihre volle Bestätigung. Erwägt man, daß auf der Polizeiwache des mitten im Herzen von Paris gelegenen Boulevard Bonne Nouvelle nicht weniger als 28 dieser Agenten „striken", so muß man die Lage in der That für eine sehr gespannte halten. Der freilich zunächst nur in erster Lesung gefaßte Beschluß lautet dahin, daß die „gardiens de la paix" in der Polizeipräfektur 25 Jahre gedient oder die Altersgrenze von 55 Jahren erreicht haben müssen, um Ansprüche auf Pension zu erlangen. Die Zeit, welche die Agenten im aktiven Dienste unter den Fahnen zugebracht haben, solle also in Zukunft nicht mehr angerechnet werden. Die Härte dieser Bestimmung springt in die Augen, so daß der Minister des Innern sich bereits genöthigt sah, einem Amendement des Inhaltes zuzustimmen, daß alle Agenten und Beamten der Polizeipräfektur, welche am Tage der Verkündigung des Gesetzes eine zehnjährig Dienstzeit vollendet haben, das gegenwärtige Reglement für sich anrufen können. Aber auch dieses Amendement genügt den Ansprüchen der Polizei-Agenten keineswegs, weil auch dann die militärische Dienstzeit nicht eingerechnet werden soll.

Es kann daher nicht überraschen, daß unter den „gardiens de la paix" eine große Aufregung herrscht. Am Sonntag bereits konstatirten die Polizeioffiziere im 1., 2., 7., 9., 13. und 15. Arrondissement beunruhigende Symptome: Lauheit im Dienste der Agenten, förmliche Berathungen u. s. w. Die Aufregung wurde keineswegs geringer, als auf den verschiedenen Polizeiwachen Mittheilung von dem oben erwähnten Amendement gemacht wurde. Auf der Mairie du Louvre, auf derjenigen des Bank-Viertels, auf der Mairie Drouot, also gerade inmitten der Hauptstadt erbaten sich die Agenten Aufklärungen von ihren Offizieren, mußten sich aber auf die nächsten Tage vertrösten lassen. Die Folge war, daß an jenem Abend hier und da die „gardiens de la paix" ohne Weiteres „fehlten". Im Hinblick auf die gegenwärtig herrschende Arbeiterkrisis mußten derartige Verhältnisse ernste Besorgnisse wachrufen, welche durch die gemeldeten Vorgänge immerhin gerechtfertigt erscheinen. Der Chef der Pariser Munizipalpolizei Caubet hat sich denn auch veranlaßt gesehen, beim Präsidenten des Ministerrathes sowohl als auch beim Minister des Innern weitere Schritte zu thun. Er vermochte jedoch den „officiers de paix" zunächst nur mitzutheilen, daß sie auf den Geist der Agenten „mit Festigkeit, aber ohne Härte" einwirken sollten; eine Aufgabe, die nicht blos schwierig, sondern auch so lange aussichtslos erscheint, als den Polizeibeamten nicht ganz positive Versicherungen ertheilt werden, daß ihre Lage in Zukunft nicht wesentlich verschlechtert werden soll.

— Als der Mitschuld an dem Dynamit-Attentat im Gebäude des Polizeipräsidiums in Frankfurt a. M. verdächtig ist dort noch eine dritte Persönlichkeit verhaftet worden. Es ist dies der aus dem Leipziger Hochverrathsprozesse bekannte Baum, der schon gleich nach der Explosion in Haft genommen, aber wieder freigelassen wurde.

— Wie aus Madrid telegraphisch gemeldet wird, versammelten sich die ehemaligen Minister, die konstitutionelle Partei und die Freunde Sagasta's am 22. d. M. und beschlossen, das gegenwärtige Kabinet „mit Mäßigung zu bekämpfen". Sie beabsichtigten auch, an dem offiziellen Empfange im Königspalaste theilzunehmen. Ueber diesen Empfang liegt folgendes Telegramm vor:

Madrid, 23. Januar. In dem Palais des Königs fand heute eine größere Festlichkeit statt, an welcher das gesammte diplomatische Korps und alle Fraktionen der monarchistischen Partei theilnahmen.

Die in Madrid erscheinenden Blätter „Imparcial" und „Liberal" melden, daß ein Franzose, Frederic Bourdier, und ein Portugiese, Namens Jose Jeuana Ferrova, am 21. d. M. Abends im Buen Retiro verhaftet worden sind, nachdem wahrgenommen worden war, daß dieselben dem König und der Königin seit mehreren Tagen bei ihren Promenaden unablässig folgten. Eine Untersuchung ist sogleich eingeleitet worden.

— Ueber den schrecklichen Schiffbruch des Dampfers „City of Columbus" liegen die folgenden weiteren Meldungen vor:

Boston, 19. Januar, Abends. Nachdem das Schiff an das Felsenriff angefahren war, fuhr es unter der Gewalt des Anpralls etwa zwei Schiffslängen nach rückwärts, begann sich sofort zu füllen, neigte sich zur Seite und sank mit dem Hintertheil unter Wasser. Die Wellen spülten über das Verdeck hinweg und rissen viele Passagiere und Matrosen mit sich fort. Nur wer im Takelwerk Zuflucht nahm, wurde nach einigen qualvollen Stunden, die Vielen den Tod brachten, gerettet. Das Wrack liegt 1½ Meilen vom Ufer entfernt. Der Kapitän war der Letzte, der gerettet wurde. Einer der Ueberlebenden sagt aus, daß ihm der Lootse, als er an dem Mast geklammert hing, erzählt habe, er sei, nachdem er das Steuerrad festgemacht, für einen Augenblick zum Dampfschlot gegangen, um sich zu wärmen. Als er auf seinen Posten zurückkehrte, fand er, daß sich das Schiff gewendet hatte; er sah, sie seien mitten zwischen die Klippen gerathen, und hielt sofort auf das Land zu. Die Rauchkabine auf dem Deck, wo Viele Zuflucht gesucht hatten, wurde von den Wogen fortgerissen. Wer dort war, ertrank, und von den 18 Frauen,

die sich an Bord befanden, vermochte keine das Takelwerk zu erreichen. Die Szene soll eine furchtbare gewesen sein.

Boston, 20. Januar. Die Leichen mehrerer Personen, welche bei dem Schiffbruche des Dampfers „City of Columbus“ ertranken, wurden in ganz erfrornem Zustande an das Land geschwemmt. Zwei Knaben befinden sich unter den Geretteten. Die Meldung, daß der Kapitän des unglücklichen Schiffes wahnsinnig geworden sei, entbehrt jeder Begründung. Der Kapitän widerspricht der Behauptung eines der Geretteten, daß der Lootse seinen Posten verlassen habe, und erklärt, daß er selbst den Kurs des Schiffes bestimmt, ehe er sich unter Deck begab und dem zweiten Offizier den Befehl übertrug. Das Schiff fuhr bald darauf auf das Riff. Der Kapitän versichert jedoch, es sei ihm ein Räthsel, wie der Dampfer aus dem richtigen Kurse kommen konnte, und glaubt dies einer starken Strömung zuschreiben zu müssen. Zehn Personen sollen durch Boote von Gay Head aus gerettet worden sein, zwei davon sind jedoch, wie es heißt, inzwischen gestorben. Der Gesammtverlust an Menschenleben wird jetzt, übereinstimmend mit den ersten Nachrichten, auf 104 angegeben.

New-York, 20. Januar. Die „New-York Times“ meldet, daß sich an Bord der „City of Columbus“ 80 Passagiere und eine Mannschaft von 45 Personen befunden habe. Von diesen wurden nur neun Passagiere und 13 Matrosen gerettet. Alle mit der Oertlichkeit vertrauten Seeleute behaupten, daß der Dampfer seinen Kurs ganz verloren haben mußte, als er auf das Riff auffuhr. Die Ueberlebenden erzählen, daß sie zur Zeit, als sie in dem Takelwerk hingen, zwei Dampfer passiren sahen, daß jedoch keiner derselben das Wrack bemerkte. Der Steuermann eines dieser Dampfer erklärt, daß er auf dem gescheiterten Schiffe, welches er durch das Fernglas betrachtete, kein lebendes Wesen bemerkt habe. Der Schiffskörper des gescheiterten Dampfers ist ohne sichtbare Verletzung, und man glaubt, viele Leichen im Zwischendeck zu finden. Mehrere Personen im Takelwerk waren an die Taue, an die sie sich klammerten, angefroren und sind offenbar der Kälte erlegen. Die Nacht war hell und alle Lichter waren sichtbar. Das Unglück wird von allen Zeitungen grenzenloser Unwissenheit und Sorglosigkeit zugeschrieben, und man verlangt die strengste Untersuchung. Insbesondere wird das Verhalten des Kapitäns getadelt, der seinen Posten verließ, ehe alle Gefahr vorüber war. Der Kapitän wieder versichert, daß der zweite Offizier und der Obersteuermann im Lootsenhause waren, als sich das Unglück ereignete. Der gescheiterte Dampfer hat einen Gehalt von 1900 Tonnen. Die meisten Passagiere befanden sich auf einer Erholungsreise nach dem Süden.

Ausland.

Paris, 22. Januar. In der französischen Armee stehen wichtige Aenderungen in den Kommandos der Armeekorps bevor. Nach dem Gesetze von 1873 findet eine Erneuerung in diesen Befehlshaberstellen alle drei Jahre statt, welche auch so lange den vollen Beifall der gesammten republikanischen Presse fand, als letztere die „Reinigung“ der Generalität von allen der Republik feindseligen Elementen anstrebte. Seitdem aber der chauvinistische Marquis de Galliffet, gegenwärtig kommandirender General des 12. Armeekorps, die besten Beziehungen zur „Rep. francaise“ unterhält, ist letztere anderer Meinung geworden und schlägt eine Abänderung jener Bestimmungen vor. Ausgeführt wird von dem leitenden republikanischen Organe, daß bei dem gegenwärtigen häufigen Wechsel die gemachten Erfahrungen verloren gehen, wodurch der innere Werth der Armee geschädigt werde. Hieran werden positive Vorschläge geknüpft, die nicht blos darauf abzielen, die geltenden speziellen Bestimmungen abzuändern, sondern auch die ganze Organisation der französischen Armee umzugestalten. Während bisher die Generale, welche ein Armeekorps kommandirten, nach Ablauf der dreijährigen Frist in die Zahl der Divisionäre zurücktraten, soll das Kommando eines Armeekorps in Zukunft einen besonderen höheren Grad darstellen, wogegen die Marschallwürde ganz beseitigt werden soll, so daß die jetzt noch vorhandenen Marschälle Canrobert, Mac Mahon und Leboeuf die letzten derartigen Würdenträger wären. Thatsächlich ist seit dreizehn Jahren kein neuer maréchal de France ernannt worden.

Auch die gegenwärtige Eintheilung der französischeu Armee in achtzehn Armeekorps — das 19. in Algerien rangirt besonders — erscheint der „Rep. francaise“ nicht zweckmäßig. Vom taktischen Gesichtspunkt aus sowohl als auch vom strategischen wird es für praktischer gehalten, daß statt dieser achtzehn Armeekorps zwölf mit je drei Divisionen beständen. Da der gegenwärtige Kriegsminister, General Campenon, als überzeugter ehemaliger Anhänger Gambetta's Vertrauensmann der opportunistischen Partei ist, darf man annehmen, daß die Vorschläge des Blattes früher oder später in Gesetzentwürfen zum Ausdrucke gebracht werden sollen. Die Armeeorganisation vom 24. Juli 1873, die bisher noch gar nicht zur vollen Durchführung gelangt ist, soll also von neuem in Frage gestellt werden; wie denn überhaupt die republikanische Partei, so lange sie sich an der Regierung befindet, sich stets angelegen sein ließ, gerade in militärischen Angelegenheiten unablässige Experimente zu machen.

Provinzielles.

Stettin, 25. Januar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten bot eigentlich nur die Neuwahl des zweiten Bürgermeisters Interesse. Ueber die Person des zu Wählenden konnte kein Zweifel bestehen, der bisherige Syndikus, Herr Giesebrecht, hatte sich für den Posten gemeldet und wohl bei allen Mitgliedern der Versammlung, sowie in den Kreisen der Bürgerschaft wurde dieser Herr nach seinem bisherigen Wirken in unserer städtischen Verwaltung für den geeigneten Vertreter eines zweiten Bürgermeisters gehalten. Es konnte daher nicht wundern, daß bei der heutigen Wahl von 53 abgegebenen Stimmen 52 auf Herrn Giesebrecht fielen. (Eine Stimme erhielt Herr Kanzow.) Derselbe ist somit gewählt, und im Laufe der Versammlung ließ er noch der Versammlung für das ihm geschenkte Vertrauen danken. — In der Voraussicht, daß die Wahl auf den bisherigen Syndikus fallen und die Regierung die Wahl bestätigen werde, hat sich das Bureau bereits verpflichtet gefühlt, der Versammlnng Vorschläge wegen Neuwahl eines Syndikus zu machen. Dasselbe schlägt vor, zur Vornahme der erforderlichen Schritte znr Neuwahl eines Syndikus eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Amelung, Justizrath Bohm, Rechtsanwalt Werner, Justizrath Wendlandt, Justizrath Masche, ferner die Herren Burmeister, Fritsche, Kettner und Dr. Scharlau zu wählen. Falls bis zur nächsten Sitzung keine Einwendungen gegen diese Wahl gemacht werden, ist dieselbe als vollzogen zu betrachten.

Bei dem Bericht über die Revision der Jahresrechnungen des Berkhoff-Stifts und des Sanne-Stolle-Stifts pro 1882—83 hatte in einer der letzten Sitzungen Herr Dorschfeld als Mitglied der Rechnungsabnahme-Kommission verschiedene Notaten gezogen. Nachdem bereits in letzter geheimer Sitzung eine Vorberathung mehr persönlicher Natur stattgefunden hatte, referirte gestern Herr Kettner in sachlicher Weise über die gezogenen Notaten und suchte nachzuweisen, daß dieselben unwesentlicher Natur seien. Herr Dorschfeld ergreift zur Vertheidigung der von ihm gezogenen Notaten das Wort, erklärte aber sofort, daß er dabei Sachen zur Sprache bringen müßte, welche die strengste Diskretion erforderten und und er beantragt deshalb die Angelegenheit in geheimer Sitzung weiter zu verhandeln; demgemäß beschließt die Versammlung.

Von dem Stiefelhändler Herrn A. Nickel ist bei der Versammlung eine Beschwerde wegen zu hoher Besteuerung eingegangen. Der Petent hat bereits in derselben Sache bei dem Finanzministerium remonstrirt, ist aber abschlägig beschieden worden und er bittet nun die Versammlung um ihre Hülfe, da dieselbe aber in dieser Sache nicht kompetent ist, wird die Petition nicht weiter zur Debatte gestellt.

In letzter Sitzung der Stadtverordneten wurde die Beleuchtung der Altdammerstraße bis zum Freiburger Bahnhof beschlossen und die nöthigen Kosten bewilligt. Die königl. Polizei-Direktion verlangte inzwischen, daß noch eine 500 Mtr. längere Strecke der genannten Straße beleuchtet wird, der Magistrat ist gegentheiliger Ansicht und hat deshalb bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten Beschwerde erhoben.

Zum Mitgliede der 8. Armen-Kommission wird Herr Dekateur Judis, zum Mitgliede der 18. Armen-Kommission Herr Maurermeister Gerlach und zum Mitgliede der 27. Armen-Kommission Herr Töpfermeister Huse gewählt. Da Herr Henschel, welcher früher zum Mitgliede der 8. Armen-Kommission gewählt war, die Wahl mit dem Hinweis ablehnte, daß er Ausländer sei, wurde beschlossen, die Listen der Kommissions-Mitglieder zu prüfen, ob sich unter den Mitgliedern noch weitere Ausländer befinden.

An Reisekosten für die Oekonomie-Deputation pro 1883—84 werden 30 Mk. nachbewilligt. — Wegen der Beschlußfassung über die Ausübung des Vorkaufsrecht bei dem Grundstück Pommerensdorferstraße 18 (Cap-cheri) beantragt der Referent, Herr Rückforth, in geheimer Sitzung zu verhandeln. Die Versammlung beschließt demgemäß.

— Landgericht. Strafkammer 1. Sitzung vom 24. Januar. — Die interessanteste Verhandlung der heutigen Sitzung betraf eine Anklage gegen den Kaufmann F. W. Burkhardt in Grabow wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung zu Grabow. Dieselbe Anklage hat bereits, wie wir s. Z. mitgetheilt, das hiesige Schöffengericht beschäftigt, dasselbe erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer des Landgerichts, weil Beleidigungen der Polizeibehörden zur Zuständigkeit des Landgerichts gehören. Der Thatbestand der Anklage ist folgender: Auf Grund des Reskripts des Regierungspräsidenten vom 30. Oktober 1882 und der Polizeiverordnung vom 25. Januar 1842 wurde unterm 17. November 1882 den Restaurateuren und Gastwirthen in Grabow eine Liste der dortigen bekannten Trunkenbolde zugeschickt. Auch Herr Burkhardt erhielt eine solche und die Anklage legt ihm zur Last, daß er eigenhändig der Liste folgende Zusätze beigefügt haben soll: „So geschehen im Jahre des Heils 1882, 24. Sonntag nach Trinitatis“, und „Eine solche Maßregel ist wohl maßgebend in einem Dorfe mit 100 Einwohnern, aber nicht in einer Stadt mit 14,000 Einwohnern. F. W. Burkhardt.“ Die Liste soll sodann mit diesen Zusätzen unter Glas und Rahmen gebracht und im Geschäftslokal des B. ausgehängt gewesen sein. Auf Antrag des Polizeiverwalters Jentsch wurde deshalb von der kgl. Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, weil in den von B. der Liste beigefügten Sätzen eine herabsetzende, das Ansehen der Polizeibehörde nothwendig schmälernde Aeußerung gefunden wurde, indem in derselben in ungehörigster Weise der Polizei der Vorwurf gemacht werde, dieselbe erließe unzeitgemäße, nur für ein Dorf passende Maßregeln. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wurde von der Strafkammer 2 des Landgerichts abgelehnt und erst auf Beschwerde der königl. Staatsanwaltschaft vom Oberlandesgericht beschlossen. In dem heutigen Termin wurde der Angeklagte wiederum von Herrn Justizrath Küchendahl vertreten. Von Seiten der kgl. Staatsanwaltschaft wurde auch heute die Anklage aufrecht erhalten und besonders darauf hingewiesen, daß die Aufstellung der Trunkenboldliste eine polizeiliche Maßregel in Wahrung des Gesetzes sei und daß die von dem Angeklagten auf die Liste gesetzten Bemerkungen unzweifelhaft als Verhöhnung zu betrachten seien. Herr Justizrath Küchendahl machte zunächst darauf aufmerksam, daß alle äußerlich erkennbaren Beziehungen zwischen den Bemerkungen des Angeklagten und der Polizeibehörde fehlten, denn die dem Angeklagten zugestellte Liste der angeblichen Trunkenbolde sei ein Schriftstück ohne Unterschrift und ohne Stempel, welches jeder offiziellen Natur entbehre. Es sei daher eine übertriebene Feinfühligkeit der Polizeibehörde, wenn sie in den Bemerkungen des B. eine Beleidigung finde. Aber selbst wenn man eine Beziehung der Bemerkungen des B. zur Polizeibeibehörde gelten lassen wolle, so sei darin weder eine Verhöhung noch eine Beleidigung zu finden, sondern eine berechtigte und erlaubte Kritik und eine Kritik müsse sich auch die Polizeiverwaltung gefallen lassen, denn nicht alle ihre Verordnungen seien unfehlbar. Das Gesetz schreibe allerdings vor, daß eine Trunkenboldliste allen Gast- und Schankwirthen übersandt werden solle; als jedoch die Polizeiverwaltung zu Grabow Herrn Burkhardt diese Liste gesandt habe, sei sie über das Gesetz gegangen, denn B. sei weder Gast- noch Schankwirth, sondern nur Materialwaarenhändler, der nur die Konzession zum Verkauf von Getränken über die Straße habe. Aus allen diesen Gründen wurde Freisprechung beantragt. Der Gerichtshof trat den Ausführungen der Vertheidigung nicht bei, sondern erkannte gegen B. auf eine Geldstrafe von 50 Mk. ev. 5 Tage Gefängniß, indem angenommen wurde, daß die von B. gemachten Zusätze eine gesetzliche Maßregel der Polizei ins Lächerliche zu ziehen suchen und dies sei nicht mehr als zulässige Kritik zu betrachten.

Der Arbeiter Herel in Züllchow befand sich im vor. Jahre in Geldverlegenheit und mußte daran denken, seine Uhr zu verkaufen; da er nicht sofort einen Käufer fand, machte er 80 Loose à 30 Pf., verkaufte dieselben und ließ dann die Uhr ausloosen. Als die Verloosung im Nürnberg'schen Lokal vorgenommen wurde, geriethen die Theilnehmer an der Lotterie in Streit, wodurch die Polizei herbeigeholt wurde. Jetzt kam es zu Tage, daß Herel keine Erlaubniß zur Veranstaltung der Lotterie nachgesucht hatte und wurde deshalb gegen ihn Anklage erhoben. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage wurde gegen ihn nur auf 5 Mark Geldstrafe event. 1 Tag Gefängniß erkannt.

Der Former Wilhelm Genz aus Friedland, welcher im Oktober v. J. einem Viehhalter in der Mühlenbergstraße zu drei verschiedenen Malen Geld in Gesammthöhe von 40 Mk. entwendet hatte, wurde deshalb zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die verehelichte Arbeiter Math. Ottilie Karoline Beckmann, welche im Laufe von 2 Jahren nicht weniger als 26 Dirnen bei sich wohnen hatte, traf wegen Kuppelei eine Gefängnißstrafe von 1 Monat.

— Während die letzten Jahre uns in der Wintersaison eine wahre Fluth von Konzerten auswärtiger berühmter und berühmt werden wollender Tonkünstler brachte, scheint dieser Winter vorüber gehen zu wollen, ohne daß sich die Erscheinungen früherer Jahre wiederholen. Um so erfreulicher ist es, daß unsere heimischen Künstler, deren es nicht wenige giebt, bemüht sind diese bemerkenswerthe Lücke unseres Musiklebens auszufüllen. An der nöthigen Unterstützung unseres Publikums fehlt es ihnen nicht. Ein Ereigniß gewissermaßen dürfte es genannt werden, daß nach jahrelanger Pause der hochgeschätzte Pianist und Lehrer des Klavierspiels Herr Natusius sich entschloß, wieder als konzertirender Künstler an die Oeffentlichkeit zu treten. Er that dies am Mittwoch Abend in Gemeinschaft mit seinem Freunde Direktor Kabisch, dessen Kunstakademie-Konzerte sich sonst durch Unterstützung von Schülerinnen des Herrn Natusius eine Vielseitigkeit zu schaffen suchten. Dieses Mal trat auch Herr Direktor Kabisch selbst in Aktion, dabei sich von Herrn Grau unterstützen lassend. Beide Herren — Natusius und Kabisch sind Meister ihrer Kunst und begeisterten durch ihre Vorträge das Publikum zu Beifallsstürmen. Wir unterlassen die Aufzählung der Konzertstücke und eine Klassifizirung derselben nach „Vozüglich, wunderbar oder sehr gut“. Es entzückten eben sämmtliche Leistungen, die vollendete Technik, der künstlerische Anschlag des Pianisten sowie die geistvolle Auffassung und edle Nüancirung im seelenvollen Vortrag des Sängers. Wir hoffen, daß beide Herren sich bald zu einem zweiten Konzert entschließen.

— Am Dienstag, den 29. d. Mts., wird der Stettiner Musik-Verein unter Leitung des Herrn Dr. Lorenz Haydn's allbeliebtes Werk „Die Schöpfung“ im Saale der Grünhof-Brauerei zur Aufführung bringen. Für die Solopartien sind hervorragende Künstler gewonnen: Herr von der Meden, einer der gesuchtesten Oratorien-Sänger in Deutschland, und das Ehepaar Schmidt stehen von der Aufführung des Alexanderfestes her noch im besten Andenken, und ist somit bei der anerkannten Tüchtigkeit des Chors wie des Orchesters ein höchst genußreicher Abend zu erwarten.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Roderich Heller.“ Lustspiel in 5 Akten.

Vermischtes.

— Von dem zweiten Hauptgewinn von 300,000 Mark der preußischen Klassen-Lotterie, welcher vor einigen Tagen gezogen wurde, haben 12 Plätterinnen einer Berliner Wäschefabrik ein Viertel-Loos gespielt. Als man den Arbeiterinnen die frohe Botschaft brachte, waren sie „außer Rand und Band“ gerathen, und wollten ihrer Freude dadurch Ausdruck geben, daß sie zunächst die Arbeit einzustellen beabsich[illegible]n, da dieses indeß ohne Erlaubniß ihres Br[illegible]n, der gerade nicht anwesend war, nicht gut ging, so verbrannten sie mit ihren glühenden Bolzen die Wäsche und richteten einen nicht unerheblichen Schaden in der Fabrik an, ohne daß ihnen dies besonderen Kummer bereitete.

— Die Frage, wie groß Berlin eigentlich sei, ist so oft der Gegenstand widersprechender Erörterung, daß in dieser Beziehung folgende Daten am Platze sein mögen: Die Grundfläche Berlins umfaßt 60,61 Qukm., wovon 1,81 Qukm. mit Wasser bedeckt sind. Der Durchmesser des städtischen Terrains von Norden nach Süden ist 9,26 Km., von Osten nach Westen 10,05 Km., der Umfang beträgt 47,003 Km. Die Angaben über den Flächeninhalt des städtischen Weichbildes differiren indeß nicht unerheblich; die von Seiten der Steuerbehörde für die Grundsteuer über den Flächeninhalt (in Morgen) aufgestellten Daten haben neuerdings als Gesammt-Flächeninhalt die Summe von 23,739,63 Morgen ergeben.

— (Eine Panik im Zirkus Salamonsky.) In Odessa kam am Sonntag, den 13. d. M., in dem dort gastirenden Zirkus Salamonsky eine große Panik zum Ausbruch, welche sehr leicht zu einer Katastrophe hätte führen können, wenn nicht die Zirkuskünstler selbst viel zur Beruhigung des Publikums beigetragen hätten. Als nämlich nach Beendigung des Ballets „Eine Nacht in Kalkutta“ der Clown Tanti seine Produktionen begann, ertönten plötzlich auf der Gallerie Hülferufe. Der Zirkus war anläßlich des russischen Neujahrs ausverkauft, und entstand in Folge dessen beim Vernehmen der Hülferufe von der Gallerie her eine um so heftigere Bewegung; die Massen begannen rücksichtslos von oben herunterzustürzen und in die unteren Ränge einzubrechen. Im Nu war die Manege überschwemmt, und an den Ausgängen bildeten sich die verhängnißvollen Knäuel hinausströmender Menschen. Das war eine reguläre Panik, welche nur Dank dem rechtzeitigen Einsetzen der Musik, sowie der Anstrengung des Clowns, seinem beliebten Nationaltanze „Kasatschok“ Bahn zu brechen, wie auch dem kaltblütigen Verhalten der Minorität des Publikums diesmal ohne Katastrophe abging. Blos ein Theil des weiblichen Publikums hatte theils leichte Verletzungen, theils Verluste von Hüten, Frisuren, Shawls und anderen Gegenständen erlitten. Die Ursache der auf der Gallerie ausgestoßenen Hülferufe war, wie sich später herausstellte, die plötzliche Ohnmacht einer Frau auf der Gallerie, was eine Nachbarin derselben zum Hülfeschrei veranlaßte.

Telegraphische Depeschen.

Eisenach, 24. Januar. In dem benachbarten Städtchen Kreuzburg ist in der vorigen Nacht Feuer ausgebrochen, durch das 80 Gebäude mit Nebengebäuden zerstört worden sind. Der Schaden ist beträchtlich.

Petersburg, 24. Januar. Der neue italienische Botschafter, Graf Greppi, ist gestern Abend hier eingetroffen.

Petersburg, 24. Januar. In dem Befinden des Grafen Loris-Melikoff ist eine Besserung eingetreten.

Nach aus Baku hierher gelangten Zeitungs-Meldungen haben die Perser zerstreute Merwsche Turkmenenhorden, welche einen Angriff auf Meschet unternommen hatten, zurückgeworfen.

Konstantinopel, 23. Januar. In Folge seit 14 Tage kontinuirlich sich wiederholender Erdstöße in Kaladjik (Provinz Kostambul) sind daselbst einige Minarets eingestürzt. Menschen sind dabei nicht um's Leben gekommen.

London, 24. Januar. Wie sich das „Reuter'sche Bureau“ aus Antananarivo melden läßt, fand die Krönung der neuen Königin von Madagaskar am 22. November v. Js. statt. Die Königin und ihr erster Minister sollen feierlich erklärt haben, daß sie den Franzosen keine Handbreit madagassischen Landes abtreten würden.